



Glyphosat-Einsatz auf dem Rapsfeld (Foto: Chafer Machinery / flickr, creativecommons.org/licenses/by/2.0)

Glyphosat: Fehlende Transparenz

Veröffentlicht am: 28.09.2015

Im Agrarausschuss des Bundestags konnten Wissenschaftler heute ihre Sicht auf den Herbizidwirkstoff Glyphosat erläutern. Näher kamen sie sich nicht: während das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) darauf beharrt, alle Studien zu Glyphosat ausgewertet und keine Hinweise auf erhöhtes Krebsrisiko gefunden zu haben, waren sich amerikanische Experten einig: die Gefahr besteht. Sie kritisierten das Vorgehen von Behörden und Industrie als nicht transparent.

Glyphosat war im Frühjahr von der Internationalen Krebsforschungsagentur IARC der WHO als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft worden. Seitdem ist Debatte in vollem Gange.

Ein Mitglied der IARC-Expertengruppe, Ivan Rusyn von der texanischen A&M University, bekräftigte die Einstufung in die zweithöchste Gefahrenstufe. Das sei angesichts der Ergebnisse von toxikologischen Untersuchungen bei Labortieren und von epidemiologischen Studien zu Krebserkrankungen der Bevölkerung sogar „sehr konservativ“ gewesen. Dass das BfR einige Studien, bei denen bei Labortieren Krebserkrankungen festgestellt worden waren, wegen angeblich zu hoher Glyphosat-Mengen aussortiert habe, sei ihm so in seiner wissenschaftlichen Laufbahn noch nie begegnet.

Christopher Portier, der auf viele Jahre als Wissenschaftler bei US-Gesundheitsbehörden zurückblickt, pflichtete Rusyn bei. Er sieht vor allem ein Problem: mangelnde Transparenz. Die Industriestudien, auf denen die Zulassung von Glyphosat beruht, liegen zwar Behörden, nicht aber externen Wissenschaftlern und der Öffentlichkeit vor. Genauso sei es bei der Bewertung des Krebsrisikos von Glyphosat durch das BfR – auch der aktuelle Bericht der deutschen Behörde ist bislang nicht zugänglich. Dabei spielt dieser in der EU eine Schlüsselrolle in der Debatte um die mögliche Wiedenzulassung des Herbizidwirkstoffs um weitere zehn Jahre.

Die brasilianische Wissenschaftlerin Karen Friedrich präsentierte vor allem Erkenntnisse aus ihrem Heimatland, in dem große Mengen Glyphosat auf herbizidresistente Gentechnik-Soja gesprüht werden. Auch sie hält, ebenso wie der Mediziner und Epidemiologe Eberhard Greiser von der Universität Bremen, die Nichtveröffentlichung von Industriestudien, auf die es oft ankommt, für nicht gerechtfertigt.

Der BfR-Präsident Andreas Hensel bekräftigte hingegen, seine Behörde halte manche der vom IARC herangezogenen Studien, die auf Krebs schließen lassen, für nicht relevant. Er plädierte dafür, die wissenschaftliche Debatte – in der unterschiedliche Meinungen an der Tagesordnung seien – den Wissenschaftlern zu überlassen und sie nicht in der Presse auszutragen. Er sei besorgt, dass seine Behörde „unter den Generalverdacht der Korruption“ gestellt werde.

Helmut Greim von der Technischen Universität München erklärte, bei den Bedingungen, unter denen in Deutschland Glyphosat angewendet werde, sei man von für den Menschen bedenklichen Giftmengen weit entfernt. Der Toxikologe, der auf Nachfrage einer Grünen-Abgeordneten mitteilte, von Monsanto für eine gemeinsame Aufbereitung von Glyphosat-Studien 3.000 Euro erhalten zu haben – wobei es schwer gewesen sei, den Agrarkonzern zu überzeugen, alle wissenschaftlichen Informationen einfließen zu lassen – hält es angesichts hoher Standards für praktisch ausgeschlossen, dass bei Industriestudien geschummelt wird.

Einig waren sich alle Experten: es kommt auf die Interpretation wissenschaftlicher Daten an. Genau das ist der Job von Behörden wie dem BfR. Und den macht die Bundesbehörde nicht gut, findet der Toxikologe Peter Clausing, der früher für ein Pharmaunternehmen arbeitete. Im Auftrag des Pestizid-Aktionsnetzwerks (PAN) und der Kampagnenorganisation campact wertete er Dokumente des BfR aus. Die Behörde hat diese bei der EU eingereicht, veröffentlicht wurden sie bislang aber nicht. Clausings beklagt „Auslassungen und die Verdrehung von Fakten“, vor allem in den Kapiteln zur krebserzeugenden und erbgutschädigenden Wir-

Über 40 Studien seien nicht berücksichtigt worden. „Die Mängel betreffen die Vernachlässigung und fehlerhafte Beschreibung wichtiger wissenschaftlicher Veröffentlichungen, fehlende Anwendung der gültigen statistischen Analysemethoden auf die von der Industrie eingereichten Daten und falsche Behauptungen bezüglich historischer Kontrolldaten, um so wichtige Ergebnisse aus Krebsstudien an Mäusen verwerfen zu können.“

Clausings harter Vorwurf: „Die Schlussfolgerung liegt nahe, dass das BfR die Beweislage gegen Glyphosat mit Absicht geschwächt hat.“ Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) forderte die Politik auf, einzuschreiten. „Obwohl sie dem Verbraucher- und Umweltschutz verpflichtet sind, lassen die Zulassungsbehörden jede kritische Distanz vermissen. Sie handeln wie Dienstleister der Pestizidhersteller“, kritisierte BUND-Chef Hubert Weiger.

Die Umweltorganisation legte heute einen eigenen Bericht vor. Sie glaubt, die Kriterien, die das BfR für die Bewertung anlegt, spielten der Industrie in die Hände. „Bei der Auswertung von Daten haben Pestizidhersteller einen gestalterischen Spielraum und können negative Effekte ihrer Wirkstoffe verschleiern“, so die BUND-Pestizidexpertin Heike Moldenhauer. „Die Hersteller treffen außerdem bei unabhängigen Studien eine Vorauswahl und beurteilen deren Relevanz. De facto diskreditieren die Hersteller alle unabhängigen Studien. Hersteller und Behörden sind sich offenbar einig, dass unabhängige Studien im Zulassungsverfahren nicht zählen.“ [dh]

[Links zu diesem Artikel](#)

- [Deutscher Bundestag: Öffentliche Anhörung Glyphosat \(28.09.15\)](#)
- [PAN/campact: The Glyphosate Renewal assessment Report - An Analysis of Gaps and Deficiencies \(28.09.15\)](#)
- [BUND: Note „Mangelhaft“: Das EU-Zulassungsverfahren für Glyphosat \(28.09.15\)](#)
- [BfR: Einschätzung des BfR zu epidemiologischen Studien über kanzerogene Effekte von Glyphosat in der EU-Wirkstoffprüfung \(28.09.15\)](#)
- [Dossier: Gentechnik & Glyphosat \("Roundup"\)](#)
- [Überblick: Gift und Gentechnik](#)
- [Dossier: EFSA - Gentechnik-Risikobewertung in der EU](#)